STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Wahlperiode 2016 - 2021	Beschluss-Nr: 0154/2017/1.2	Status öffentlich						
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Änderung der Geschäftsordnung des Rates; Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2017								
<u>Beratungsfolge:</u> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 15%;">07.06.2017</td> <td style="width: 65%;">Verwaltungsausschuss</td> <td style="width: 20%; text-align: right;">nicht öffentlich</td> </tr> <tr> <td>15.06.2017</td> <td>Rat der Stadt Norden</td> <td style="text-align: right;">öffentlich</td> </tr> </table>			07.06.2017	Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich	15.06.2017	Rat der Stadt Norden	öffentlich
07.06.2017	Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich						
15.06.2017	Rat der Stadt Norden	öffentlich						
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Reemts, 1.2		<u>Organisationseinheit:</u> Organisation						

Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf Änderung des § 5 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Rates wird aus rechtlichen Gründen abgelehnt.

BÜ	StR	FB	RPA	FD	Erarbeitet von:

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 23.03.2017 beantragt die SPD-Fraktion die Änderung der Geschäftsordnung des Rates dahingehend, dass der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin den Ratsmitgliedern zur sachgerechten Vorbereitung der Tagesordnungspunkte erforderlichen Unterlagen möglichst frühzeitig, mindestens 1 Woche vor dem Sitzungstermin des Fachausschusses zur Verfügung stehen. Zur Begründung wird auf den beigefügten Antrag verwiesen.

Die Einberufung von Fachausschüssen ist in § 72 Abs. 3 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) geregelt. Gem. § 72 Abs. 3 S. 5 NKomVG gelten die Vorschriften für die Einberufung des Rates entsprechend.

Gem. § 59 Abs. 1 lädt der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin die Abgeordneten unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Nach einschlägiger Kommentierung und Rechtsprechung ist es nicht erforderlich, dass mit der Einladung die entsprechenden Sitzungsvorlagen beigefügt werden. Der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin hat nach pflichtgemäßem Ermessen zu beurteilen, welcher Art und in welchem Umfang die zu einer sachgemäßen Beratung und Beschlussfassung über einen Tagesordnungspunkt erforderlichen Unterlagen sein und bis zu welchem Zeitpunkt sie den Mitgliedern vorliegen müssen. Eine Verpflichtung des Bürgermeisters/in, zugleich mit der Einladung auch die Beschlussvorlagen zu versenden, kann nicht durch die Geschäftsordnung, einen Beschluss des Rates oder eine Richtlinie begründet werden.

Die Verwaltung lehnt den Antrag daher schon aus rechtlichen Gründen ab.

Anlagen:

- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2017